

# Groko: Verwaltung muss über Änderungen aufklären

CDU und SPD verteidigen Radwege an der Burggrafenstraße.

**MÖNCHENGLADBACH** (anr) Die Ratsfraktionen von SPD und CDU haben die Verwaltung dafür kritisiert, dass die Radwegeführung an der neuen Burggrafenstraße geändert worden ist, ohne vorher Politik und **ADFC** zu beteiligen. Dort waren ursprünglich Aufstellflächen für Linksabbieger-Radfahrer vorgesehen, jetzt gibt es aber die indirekte Linksabbiegerführung, bei der der Fahrradfahrer zwei Ampelphasen zum Abbiegen braucht. Der ADFC hatte dies kritisiert. „Wir teilen die Kritik darin, dass die Gremien und auch der in der Entwurfsplanung beteiligte ADFC über diese Änderung nicht informiert wurden“, sagte der planungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Fegers in einer gemeinsamen Mitteilung der CDU- und SPD-Fraktionen.

Inhaltlich allerdings verteidigte die Groko die Entscheidung der Verwaltung und sprach sich nachträglich somit gegen den eigenen Beschluss aus. Die Planungspolitiker verwiesen darauf, dass dort neben sicheren Radfahrern auch Kinder, Senioren und ungeübte Radfahrer unterwegs seien. Die vom ADFC gewünschte Aufstellfläche in der Fahrbahn könne zum Unfallrisiko

werden. Dort wartende Radfahrer würden von Schwerlastern rechts überholt oder schlimmstenfalls übersehen. Die vom ADFC bevorzugten Aufstellflächen vor den an der Ampel stehenden Fahrzeugen böte nur bei einer roten Ampel und in einer breiten Straße eine sichere Standfläche, die aber eventuell im laufenden Verkehrsstrom vom Radfahrer erreicht werden muss. Durch die einspurige Verkehrsführung an dieser Kreuzung würden Radfahrer wahrscheinlich auch von nachkommenden Fahrzeugen beim Abbiegen bedrängt oder in den Gegenverkehr geschoben. Für diese Fälle sei die indirekte Linksabbiegespur eine sicherere Alternative. Annette Bonin, planungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, betonte: „Für uns steht die Verkehrssicherheit im Vordergrund. Die Verwaltung arbeitet konform mit den vorgeschriebenen Richtlinien, die übrigens auch in anderen Städten angewendet werden.“

Für Fegers müsse künftig die Verwaltung während der Entwurfsplanung Polizei, Ordnungsamt und Behindertenverbände nebst ADFC beteiligen, um Abweichungen zur Ausführung zu vermeiden.